

Pressemeldung | 31.07.2020

„Wir wollen endlich wieder arbeiten“ - Sexarbeiter*innen fordern am 6. August in Stuttgart #RotlichtAN!

- Termin: Donnerstag, 06. August 2020
- **Pressekonferenz:**
14 Uhr // Table-Dance-Club Messalina | Leonhardstraße 7, 70182 Stuttgart
- **Laufhausführung:**
15 Uhr + 15:30 Uhr // Laufhaus City-Eros Center | Leonhardstraße 7, 70182 Stuttgart
Anmeldung: Alraune, Organisatorin Demo Stuttgart | +49 151 5944 7074
- **Kundgebung:**
ab 16:00 Uhr // Wilhelmsplatz, 70182 Stuttgart

Ansprechpartner*Innen für Nachfragen und Presse:

- Andre Nolte alias Dominus.Berlin, Sonderprojekte & Presse BesD e.V.
+49 15 777 555 040 | dominus@besd-ev.de
- Daria, Organisatorin Demo Stuttgart | daria@miss-daria.de
- Lilli Erdbeermund, Pressebüro BesD e.V. | presse@besd-ev.de

Selbstständige Prostitution als „Lücke im Infektionsschutzgesetz“ verboten

Während es in wenigen Städten und Bundesländern kleinere „Lichtblicke“ für Menschen in der Sexarbeit gab, wurde die Situation in Stuttgart noch einmal verschärft: Seit dem 19. Juli hat die Stadt ein Komplett-Verbot der Prostitution ausgerufen. Mit der neuen Allgemeinverfügung schließe man „eine Lücke im Infektionsschutzgesetz des Landes Baden-Württemberg“. Während sich die Verordnung des Landes „nur“ auf Prostitution in Gewerberäumen bezieht, gilt das neue Verbot in Stuttgart auch für Sexarbeiter*Innen die selbstständig und allein tätig sind.

Keine wirksamen finanziellen Hilfen für die Betroffenen

Das Gros der Sexarbeitenden ist selbstständig tätig und hat keine finanziellen Rücklagen für einen derart langen Total-Verdienstaustausfall – bereits seit 4 Monaten sind ihre Arbeitsplätze geschlossen. Sexarbeiter*Innen und ihren Kund*Innen werden im Gegensatz zu bspw. Massagestudios oder Tattoostudios die Einhaltung von Hygienekonzepten nicht zugetraut – wirksame finanzielle Hilfen gibt es nicht.

Demos bereits in Berlin, Hamburg und Köln

Solange keine Verbesserung eintritt, gehen die Demonstrationen in den deutschen Großstädten weiter: Unzählige Sexarbeitende aus ganz Deutschland sowie Betreiber*Innen von Prostitutionsstätten haben sich den deutschlandweiten Protesten angeschlossen.